

# Volkswacht

Die Volkswacht erscheint wöchent-  
lich einmal am Sonnabend.  
Bezugspreis monatlich 45 Pfg.  
vierteljährlich 1,35 M., einschließl.  
Frägerlohn. In den Abbestellen  
monatlich 40 Pfg. Durch die Post  
bezogen vierteljährlich 1,25 M.,  
ausschließlich Bestellgeld. Einzel-  
nummer 10 Pfg.

**Anzeigenpreise:**  
Die gewöhnliche Zeile 30 Pfg.  
für auswärtig 35 Pfg., die 2 ge-  
wöhnliche Anzeigenzeile 1 M. Ar-  
beitsmarkt und Wohnungsanzeigen  
10 Pfg. Anzeigen mit Platzbestim-  
mung werden besonders berechnet.  
Bei Wiederholung Rabatt  
laut Tarif.

## Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Redaktion und Expedition  
Paradiesgasse Nr. 32

### Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften

Telephon für Redaktion  
und Expedition 3290

Nr. 24

Danzig, Sonnabend den 15. Juni 1918

9. Jahrgang

# Ein Schlag ins Gesicht

Das Preussische Abgeordnetenhaus hat am Dienstag die 4. Lesung der Wahlrechtsvorlage vorgenommen und es dabei fertig gebracht, nicht nur das Mehrstimmenrecht nach dem faulsten Antrag der Verschwörer gegen das gleiche Wahlrecht in das Gesetz einzufügen, sondern auch noch weitere sehr erhebliche Verschlechterungen herbeizuführen. Die Wiederherstellung des gleichen Wahlrechts wurde natürlich abgelehnt, aber die Mehrheit glaubte, die Herausforderung soweit treiben zu dürfen, daß sie sogar die Gewährung einer Zusatzstimme an alle Kriegsteilnehmer ablehnte. Die Regierung erklärte durch den Minister Drees das übliche Kompromiß für unannehmbar, aber da sie das Haus doch nicht auflösen entschlossen ist, kennt der Uebermut der Reaktionäre keine Grenzen mehr.

### Sie provozieren das Volk.

In namentlicher Abstimmung haben sie wiederum die Anträge auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage mit dem gleichen Wahlrecht mit 235 gegen 164 Stimmen abgelehnt, und zwar die beiden konservativen Parteien ein Teil des Zentrums und ein Teil der Nationalliberalen. Den Kompromißantrag Lohmann aber nahmen sie mit 255 gegen 154 Stimmen an.

Der „Berständigungsantrag“ aller offenen und versteckten Wahlrechtsfeinde hat die große Mehrheit des Dreiklassenhauses gefunden. Er erstrebt bekanntlich ein Wahlrecht mit zwei Pluralstimmen, die eine für Alter, die andere für irgendwelche sonstige Vorzüge. Ursprünglich haben die Konservativen diesen Antrag abgelehnt. Jetzt hatten ihnen die Lohmänner zuge-  
standen, zur Voraussetzung der Wahlfähigkeit zweijährige statt einjährige Anwartschaft zu machen und statt einer Zweidrittelmehrheit für künftige Verfassungsreformen eine Dreiviertelmehrheit zu fordern. Auch das Zentrum hatte ursprünglich

abgelehnt. Ihm hatten die Lohmänner jetzt angeboten, mit-  
einzutreten für die verfassungsmäßige Verbürgung der Staats-  
zuschüsse an die Kirche und der konfessionellen Volksschule.  
Daraufhin sind die Konservativen sämtlich und vom Zentrum  
ein erheblicher Teil auf den Boden des Lohmannschen Wahl-  
rechtsunsinns getreten.

In dieser Art wurde der scheußliche Wechselbalg geboren,  
den das Preussische Abgeordnetenhaus zur Welt befördert hat.  
Es ist das unsinnigste, das arbeitende Volk am schwersten be-  
leidigende Wahlrecht.

Um wählen zu können, soll man in Zukunft zwei Jahre  
im Wahlkreis wohnen müssen. Wer also von Danzig nach Ohra  
verzieht verliert sein Wahlrecht. Das in einer Zeit, in der Krieg  
und Uebergangswirtschaft die Menschen durcheinanderwirbeln  
wie nie zuvor. Als ob es den Opfern des Mietwuchers  
Spaß machte, keine richtige Heimat zu haben! Als ob man sie  
zur Strafe für dieses Unglück noch entrechteten müßte!

Und dann die Zusatzstimmen! Die Altersstimme strafft  
die Arbeiterklasse für die sozialen Verhältnisse, in denen sie lebt  
und die einem hohen Prozentsatz den frühen Tod bringen.  
Eine weitere Zusatzstimme sollen erhalten alle wirtschaftlich  
Selbständigen und leitenden Betriebsbeamten nach einem  
Jahre, alle Ehrenbeamten nach zehn Jahren, alle Angestellten,  
Aufseher, Vorarbeiter und Kottenführer, die regelmäßig die  
Aufsicht über mindestens 5 Arbeiter haben, ebenfalls nach  
5 Jahren. Mit anderen Worten: jeder Preuze, der nicht  
Arbeiter ist. Es ist ein unmittelbares Ausnahmegesetz gegen die  
Arbeiterklasse, das in dem neuen Antrag Lohmann-Heydebrand  
enthalten ist. Und ein Ausnahmegesetz gegen die Kriegsteil-  
nehmer. Die Alten sind zu Hause geblieben und erhalten dafür

eine Vorzugsstimme; die Jungen haben im Felde geblutet und  
werden dafür entrechtet. So sieht das dankbare Vaterland bei  
Lohmann und Heydebrand aus.

Dieses infame

### „Wahlrecht der Lächtigen“

Wie es seine Urheber taufen, ist wohl ausgeschlossen. „Wär-  
der Gedanke nicht verflucht geseit, man wär verflucht, ihn  
herzlich dumm zu nennen.“ Vielleicht ahnt man doch, daß  
Krone und Regierung auf diese Niedertracht nicht eingehen  
können, weil sie nicht moralischen Selbstmord verüben wollen,  
und daß also der Wahlkampf bevorsteht. Und in diesem will  
die Reaktion alle Angestellten, Vorarbeiter, Krämer, Beamten  
u.ä. mit der ihnen versprochenen Zusatzstimme locken; sie will  
eine Einheitsfront aller Bevölkerungsschichten

### gegen die Arbeiterklasse herbeiführen.

Das Volk wird und kann ihnen nicht auf diesen Beim-  
erischen. Die politischen Urheber dieses Manes müssen die  
ersten sein, die unter dem Uebermaß seiner Volksfeindschaft  
zusammenbrechen. Schon hat Herr Lohmann die national-  
liberale Fraktion gepregelt. Die Mehrheit hat ihn gezwungen,  
den Vorsitz der Fraktion niederzulegen. Und auch im Zentrum  
gärt es. Auch die Zentrumsarbeiter werden in hellen Scharen  
der Partei den Rücken kehren, wenn diese das Spiel der Janu-  
schauer mitmacht.

Die Wahlrechtsfeinde haben wieder gesiegt. Bis zur  
künftigen Lesung am 3. Juli werden sie neue Umschlüsse austüfteln.  
Das Volk muß auf der Wacht sein, entschlossen, das ehrliche  
gleiche Wahlrecht unter allen Umständen zu erringen.

# Deutsche und englische Kriegsfinanzpolitik

Von Wilhelm Reil, M. b. R.

Die bürgerlichen Parteien des Reichstags sind entschlossen,  
die Verbrauchssteuern, die der Bundesrat beantragt hat, im  
wesentlichen nach den Regierungsvorschlägen zu genehmigen.  
Daß die Ausnahmeherrschaft für das Spiritusmonopol  
noch auf schwachen Füßen steht, daß man sich über den Aus-  
bau der Umsatzsteuer noch nicht recht im Klaren ist, daß noch  
darüber gestritten werden wird, ob die Weinsteuer 10, 15 oder  
20 Prozent betragen soll, hat für die grundsätzliche Stellung  
der bürgerlichen Parteien zu diesen Steuervorschlägen wenig  
zu beagen. Sie sind sich einig darüber, daß auf jeden Fall  
die Summen, die das Reichschahamt auf Grund seiner Ent-  
würfe zufällig errechnet hat, aus den einzelnen Steuerobjekten  
herausgeholt werden „müssen“. Nicht einmal die harmlose  
Limonade wird verschont bleiben, denn das Alkoholkapital, das  
im Reichstag einen starken Einfluß hat, duldet keine Begünsti-  
gung der Mäßigkeitsbewegung.

Die große Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß der Ge-  
samtertrag der neu vorgeschlagenen Verbrauchssteuern ebenso  
erheblich über die Schätzsumme (etwa 2½ Milliarden)  
hinausgehen wird, wie der Ertrag der Kohlensteuer und der  
Tabakabgaben viel größer ist, als die Regierung angenommen  
hatte. Diesen Mehrertrag der Verbrauchssteuern, die ja, so-  
weit sie Wertsteuern sind, mit jedem Preisaufschlag auto-  
matisch wachsen, hatte der preussische Finanzminister im Auge,  
als er im Hauptausschuß geltend machte, der von der großen  
Mehrheit des Ausschusses dem Bundesrat mit dem Besitzsteuer-  
antrag dargebotene Betrag von 1200 Millionen Mark werde  
gar nicht nötig sein, um den Fehlbetrag des Reichshaushalts  
für 1918 zu decken. Auch in der vertraulichen Besprechung  
der Finanzminister mit den Vertretern des Hauptausschusses  
am 14. Mai ist versichert worden, daß es der Besteuerung der  
gewöhnlichen Einkommen und Vermögen nicht bedürfe, um  
den Etat zu balanzieren, der Ertrag der vorgeschlagenen Mehr-  
einkommensteuer werde dazu ausreichen.

Auch wenn das Material, das zur Begründung dieser  
Behauptung in Aussicht gestellt worden ist, Beweiskraft besäße,  
würde die Stellung der Parteien und auch der Regierung vor  
den leidenden Volksmassen keine günstigere. Oder kann irgend-  
jemand im Ernst daran glauben, daß die Massenverbrauchs-  
steuern leichter ertragen werden, wenn man die Schwerst-  
belasteten auf die hohen Erträge derselben hinweist, die eine  
starke Erfassung des Besitzes entbehrlich erscheinen lassen? Je  
größer der Ertrag der Verbrauchssteuern, desto größer natür-  
lich die Last, die der einzelne Verbraucher zu tragen hat. In

der Zeit der Brotinschränkung ist es für den hungernden Ar-  
beiter, Beamten und Handwerker ein schwacher Trost, daß z. B.  
die Umsatzsteuer, die ihm das Brot nun verteuert, große Ein-  
nahmen bringt. Vielmehr wird der große Ertrag der Ver-  
brauchssteuern dem unter Nahrungsmangel und hohen Preisen  
leidenden Verbraucher erst recht zum Bewußtsein bringen, wie  
vorteilhaft die Besitzenden es selbst im Kriege verstehen, sich von  
ihren Verpflichtungen gegenüber dem Staate drücken.

Aber selbst wenn die Zahlenbeweis der Finanzminister  
in ihrem Sinne richtig sein sollten, so bleiben sie doch falsch.  
Das Reichschahamt würde, um die laufenden Ausgaben für  
das Jahr 1918 in ihrem vollen Betrag aufzubringen, nicht nur  
den Fehlbetrag des Staatsetats von 2875 Millionen Mark  
(wovon die sämtlichen neu vorgeschlagenen Steuern in diesem  
Jahr bestenfalls 1600 Millionen bringen werden) zu decken,  
sondern darüber hinaus noch etwa 5 Milliarden Mark laufende  
Einnahmen zu beschaffen haben. Der ordentliche Reichs-  
etat umfaßt bekanntlich nicht den Friedensaufwand für Heer  
und Marine, der im Jahre 1914 sich auf etwa 1200 Millionen  
Mark fortdauernde und 600 Millionen Mark einmalige Aus-  
gaben belief. Unter Berücksichtigung der Preissteigerung darf  
man heute die fortdauernden Friedensausgaben für Heer und  
Marine allein auf mindestens 2 Milliarden veranschlagen.  
Weiter umfaßt der Reichsetat nicht die fortdauernden Aus-  
gaben für die Kriegsinvaliden, Kriegswitwen und -waisen, die  
heute schon auf etwa 3 Milliarden im Jahr zu schätzen sind.  
Es ist um so unverantwortlicher, die Deckung dieser dauernden  
Ausgaben sorglos der Zukunft zu überlassen, weil das Deutsche  
Reich am Ende des Krieges ohnedies in die ungeheuerlichsten  
finanziellen Nöte geraten wird: Trotz der großen Anleihe-  
erfolge wird das Reich beim Eintritt in den Frieden, als an  
dem Zeitpunkt, an dem das ausgepumpte Wirtschaftsleben alle  
Saugpumpen zur Wiederbeschaffung von Bargeld ansehen, an  
dem große Kriegsanleihe summen flüssig zu machen versucht  
werden wird, mit einer schwebenden Schuld von mindestens  
50 Milliarden Mark belastet sein. Die Befriedigung seiner  
kurzfristigen Darlehnsgeber wird nicht leicht fallen. Auf diesen  
Zeitpunkt nun auch noch die Erschließung der Quellen, aus  
denen künftig die fortdauernden Ausgaben für die Rüstung  
und für die Kriegsoptionen bestritten werden sollen, zu ver-  
suchen, das ist die unsolideste Finanzpolitik, die sich denken läßt.

Da hat die englische Kriegsfinanzpolitik doch ganz anders  
vorgesehen. Die Kriegseinnahmen Englands (und Amerika  
verfährt ebenso) sind in einem Maße gesteigert worden, daß

nicht nur der gesamte Betrag der fortdauernden Ausgaben  
restlos gedeckt wird, sondern bis jetzt nach den sehr kritischen  
Berechnungen Prof. Veions 12,5 Prozent des ganzen Kriegs-  
aufwandes sofort bezahlt werden konnten. Das hat England  
zustande gebracht nicht in erster Linie durch Mehrbelastung  
von Verbrauch und Verteher, sondern durch eine rücksichtslose  
Erfassung des Besitzes. Verglichen mit dem Vorschlag für  
1913/14 stellt sich der neue englische Vorschlag für das  
Friedensjahr 1918/19 wie folgt:

	1913/14		1918 19	
	Millionen Mark	Prozent der Gesamt- einnahmen	Millionen Mark	Prozent der Gesamt- einnahmen
1. Zölle . . . . .	708	17,3	1880	11,2
2. Indirekte Abgaben . . . . .	792	20,6	1064	6,3
1 und 2 zusammen	1500	37,9	2954	17,5
3. Erbschaftsteuer . . . . .	548	3,8	630	3,8
4. Vermögens- u. Einkommen- steuer . . . . .	944	23,9	5808	34,5
5. Kriegsgewinnsteuer . . . . .	—	—	6000	35,6
3, 4 und 5 zusammen	1492	27,7	12438	73,9
6. Sonstige Einnahmen . . . . .	968	34,4	1448	8,6
Insgesamt	3960	100	16840	100

Deutschland nimmt für 3 Jahre zusammen an Kriegs-  
gewinnsteuer 5,7 Milliarden Mark ein, England im Jahre 1918  
allein 6 Milliarden. Deutschland hat für unmittelbare Kriegs-  
zwecke noch keinen Pfennig Einkommens- und Vermögens-  
steuer erhoben, England hat seine Einnahme aus dieser Quelle  
allein um 4864 Millionen erhöht, d. h. vervielfacht. England  
hat trotz Fortdauer seiner Zolleinnahmen und Erhöhung vieler  
Zölle (die in Deutschland infolge der Seesperierung ganz ver-  
fällt sind) seine Verbrauchsabgaben nur um 1448 Millionen  
Mark erhöht, Deutschland wird nach Annahme der neuen  
Vorlagen jährlich rund 4000 Millionen Mark Verbrauchs-  
abgaben mehr erheben als vor dem Krieg. In England  
ist der Anteil der Besitzsteuern an der Gesamteinnahme von  
37,7 auf 73,9 Prozent gestiegen, der Anteil der Verbrauchs-  
steuern von 37,9 auf 17,5 Prozent gesunken, in Deutschland  
ist umgekehrt der Anteil der Verbrauchssteuern gestiegen, der  
der Besitzsteuern gesunken.

In diesen Tatsachen wird der Reichstag nicht achlos  
vorbegehen dürfen, wenn er über die Anträge auf Erhebung  
eines neuen Wehrbeitrages und Verschärfung der Erbschaft-  
steuern zu entscheiden hat.

# Kriegsnachrichten

## Cosmaricas Kriegserklärung an Deutschland

Berlin, 13. Juni. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Die Nachricht, daß die Republik Cosmarica dem Deutschen Reich die Kriegserklärung hat, ist nunmehr amtlich bestätigt. Die Kriegserklärung ist durch Regierungskomitee vom 23. Mai dieses Jahres erfolgt. Es fehlen nun nicht mehr viel der kleinen amerikanischen Republiken, deren Willen den Frieden lieh.

## Nördlich der Somme

verstärkte sich im Laufe des 10. Juni das feindliche Artilleriefeuer an großer Heftigkeit. Nach kurzer Feuerpause griff der Feind am Abend des Tages in vier Kilometer Breite auf der Linie nordwestlich Morlancourt bis zur Somme an. Auf den Höhen brach der Angriff unter hohen blutigen Feindverlusten zusammen, in der Mitte der Angriffsfront wurden örtliche Einbrüche in unsere vordere Linie durch Gegenstoß zum Stehen gebracht. Nordwestlich Chateau-Thierry, südlich des Elan-Baches, richteten Amerikaner in mehreren Zügen blühende Angriffe gegen unsere Stellungen. Sie wurden unter schweren Verlusten abgewiesen und stülten in unserem gut liegenden Verteidigungsfeuer in ihre Ausgangsstellung zurück. Auch gegen unsere Stellungen westlich Chateau-Thierry nach kurzem Artilleriefeuer angelegte dr. malige Angriffe scheiterten verlustreich.

## Ueber Munitionsverbrauch im Weltkrieg

macht die „Frankfurter Zeitung“ folgende Mitteilungen: In den 600 Treffen, Gefechten und Schlachten des Krieges 1870/71 gab die deutsche Artillerie rund 220 Millionen, die Feldartillerie 338 309 und die schwere Artillerie 320 000 Schuß ab. Straßburg fiel nach fünfwöchiger Belagerung mit 302 099, Paris nach fünfwöchiger Belagerung mit 110 286, Metz nach zwölfwöchiger Belagerung mit nur 4877 Schuß unserer Belagerungsgeschütze in deutsche Hände. Das sind Zahlen, die gegen den ungeheuren Munitionsverbrauch des Weltkrieges verschwindend klein sind. Schon während der großen Offensive im Jahre 1915 wurde der tägliche Munitionsverbrauch auf unserer und feindlicher Seite auf etwa 300 000 Schuß Artillerie eingeschätzt. Die Stahlfront der heutigen Schlachten aber wird, wenn sie erst einmal eingeschlagen werden kann, diese Zahl noch weit übertreffen! Bei Beginn der Sommeroffensive verschossen die Engländer in einer Woche mehr

Munition als in den ersten vier Kriegsjahren zusammen. Während des Truppenmarsches über Krienschiedel verbrauchten in einem Tage sechs Schützen Granaten, wie die Munitionsberechnung von ein Regiment überaus deutlich zeigt. In der Schlacht bei Verdun wurden von den Deutschen im Jahre 1917 wurden von ihnen in drei Tagen fast tausend Tonnen Granaten verschossen, als der ganze Krieg 1870/71 erfordert hätte. In der Schlacht bei Verdun wurden in 100 Tagen von beiden Parteien zusammen rund zwei Milliarden Schüsse an einem Ort verschossen. Nimmt man nur an, daß im Durchschnitt der lebende Teil dieser Menge, also eine Million Geschosse in der Woche verfeuert wurden, und setzt das Durchschnittsgewicht an Metall mit 45 Kilogramm fest, so kommt man nach der schwedischen Zeitschrift „Industriellings Norden“ für die deutsche Wachen eigener Kampfzeit zu dem ungeheuerlichen Resultat, daß das Gelände in dieser Zeit mit 1 350 000 Tonnen Stahl übersät worden ist. Zum Transport dieser Stahlmenge wären 135 000 Eisenbahnwaggons nötig. Das Kampfgebiet hätte ungefähr eine Ausdehnung von 2000 Quadratkilometer; somit sind nach dieser Berechnung auf jedes Hektar Boden 80 Tonnen Stahl niedergegangen.

## Britische Landbesitzverhältnisse

Dem Vortragen der öffentlichen Meinung folgend und vielfach: der Ansicht über die offensichtliche Ungleichheit der britischen Bodenbesitzverhältnisse über die Schiffverlufte hat die britische Admiralität nicht länger standhalten und veröffentlicht jetzt nach deutschem Muster monatliche Mitteilungen über die durch die kriegerischen Maßnahmen der Mittelmächte herbeigeführten Brutto-Lohnungs-Verluste. Die „Times“ vom 25. April brachte zum ersten Male eine solche Zusammenstellung, die bis Januar 1917 zurückgeht. Hiernach umfaßt der seit 1917 bis Ende März 1918 vernichtete feindliche und neutrale Brutto-Raum 7 749 133 Tonnen. Nach amtlichen deutschen Zahlen beläuft sich das Gesamtresultat des U-Bootkrieges ohne die Verluste durch Seeräuber in der gleichen Zeit auf 11 388 000 Tonnen. Aus dem Unterschied zwischen den deutschen und englischen Angaben ist mithin zu schließen, daß die englische Handelsflotte außer den von der britischen Admiralität bekannt gegebenen Verlusten mindestens weitere 3 638 867 Tonnen Brutto-Verluste erlitten hat, welche Schiffe betreffen, die im Dienst der Marine und des Heeres fahren, also Munitions- und Truppentransportdampfer, Lazarettschiffe, Wachschiffe u. a. Schon „Daily Telegraph“ wies darauf hin, daß die amtlichen englischen Verlustangaben diese sogenannten Marineverluste nicht enthalten.

# Politische Wochenschau

## Friedensarbeit

### Russisch-deutsche Ergänzungs-Verhandlungen

Berlin, 12. Juni. Wie die „Post“ hört, ist gestern eine militärische Abordnung der russischen Sowjetrepublik in Berlin eingetroffen. Sie stellt einen Teil der Kommission dar, die eine Reihe von Fragen politischer, militärischer und wirtschaftlicher Art beraten soll und Ende dieser Woche zum erstenmal zusammentritt.

### Die englisch-deutschen Verhandlungen

London, 11. Juni. (Reuters.) Unterhaus. Lloyd George erklärte in Vertretung des Staatssekretärs des Auswärtigen, daß die englischen Delegierten in Haag beauftragt seien, sich mit dem dortigen bulgarischen Vertreter über die Grundlinien zu einem neuen Abkommen über die Repatriierung englischer und bulgarischer Kriegsgefangener in größerem Maßstabe zu verständigen.

### Die neue deutsch-englische Kriegsgefangenen-Konferenz

B. I. B. Haag, 8. Juni. (Korr.-Bur.) Bei der Eröffnung der Kriegsgefangenenkonferenz hielt der Minister des Auswärtigen London eine Rede, in der er seiner Genugtuung über die zweite Zusammenkunft in Haag während des Krieges, die sich zur Aufgabe stellte, das Los der Gefangenen zu bessern, Ausdruck gab. General Friedhoff sprach namens der deutschen Abordnung und Sir George Gase namens der englischen Abordnung dem Minister den Dank für die Schiffsreise und dafür aus, was Holland bereits für die Kriegsgefangenen getan hat.

Sodann vertiefte Minister London die Sitzung, die unter Leitung von Breidenburgh fortgesetzt wurde. Es gelangte das Programm für die Konferenz zur Besprechung. Die Konferenz wird sich unter anderem mit folgenden Punkten beschäftigen: 1. Einhaltung der bereits bestehenden Abereinstimmungen; 2. Behandlung und Beschäftigung der Kriegsgefangenen; 3. Bergeltungsmaßnahmen; 4. Vorbereitung des Abkommens über die Rückkehr in das Vaterland oder die Internierung in einem dritten Lande von Kriegsgefangenen und bürgerlichen Internierten; 5. die bei der Auswahl der unter Punkt 4 fallenden Kategorien von Kranken und Schwerkranken einzuhaltenden Methoden; 6. Verbesserung der Zustände in Lagern mit Einschluß der Ernährung von Kriegsgefangenen und Internierten.

Nach einigen Beratungen allgemeiner Art wurde die Sitzung auf nächsten Montag 10 Uhr vormittags vertagt.

### Eine neue internationale sozialistische Konferenz

B. I. B. Moskau meldet: Nikolai Branting, der Vorsitzende der schwedischen sozialistischen Partei, und Trotski, der Vorsitzende der belandischen sozialistischen Partei, erhielten Einladungen, der nächsten Besprechung der englischen Labour-Party am 28. Juni und den beiden folgenden Tagen beizuwohnen. Eine besondere Erörterung wird den internationalen Angelegenheiten gewidmet sein. Nach der Besprechung werden Albert Thomas und Vandervelde, die ebenfalls eingeladen sind, wahrscheinlich in Begleitung von Branting, Trotski, Arthur Henderson und Hyndman nach Paris zurückkehren, um die Maßnahmen zu der Veranstaltung einer einzigen internationalen sozialistischen Konferenz zu besprechen.

### Frankreichs Arbeiterklasse und ihre Kriegsziele

Paris, 7. Juni. (Weltung der „Agence Havas“.) Zahlreiche Abgeordnete der linken waren der Aufforderung der sozialistischen Partei gefolgt, einer Konferenz der Delegierten der Allgemeinen Arbeiterliga beizuwohnen, in der Thomas den Vorsitz führte. Versammlung und Verschiedenes wies auf die Notwendigkeit einer Politik des Einverständnisses mit der Arbeiterklasse hin und betonte die Wichtigkeit einer Politik der Klarheit, welche der Arbeiterklasse jegliche Verunsicherung und jeden Zweifel über die Ziele wehne, für die sie kämpft. Thomas bemerkte, daß es der Zweck der Versammlung sei, ausschließlich die Erfahrungen und Forderungen der Allgemeinen Arbeiterliga zu besprechen. Er erinnerte daran, daß die Politik der republikanischen Partei eine Politik des Vertrauens gegenüber den Arbeitern sei. Die Versammlung habe ohne weitere Debatte und ohne Abstimmung.

## Deutschland

### Die Mehrheitspolitik im Lichte der Tatsachen

Das neue Reichstagspräsidium Fehrenbach, Scheidemann, Dönnitz ist ein getreuer Ausdruck der Tatsache, daß die Politik der Mehrheitsparteien dem Reichstag die Richtung weist. Auch daß man Herrn Poasche im Präsidium gelassen hat, stimmt gut dazu; denn die Nationalliberalen haben stets Wert darauf gelegt, sich nicht grundsätzlich von der Gemeinschaftsarbeit der Mehrheitsparteien auszuschließen.

Es ist jetzt fast ein Jahr her, daß Zentrum, Sozialdemokratie und Fortschritt sich im Reichstag zu einer festen Arbeitsgemeinschaft zusammenschlossen. Diese Arbeitsgemeinschaft ist heftigen Angriffen ausgesetzt gewesen, hauptsächlich wegen der Friedensresolution, die man irrtümlich als Zeichen der Verzweiflung oder doch mindestens der Unsicherheit ansah, und wegen des Sturzes von Bethmann-Hollweg, der tatsächlich ein schwerer Fehler gewesen ist, wie heute niemand mehr bestritt. Aber es ist wohl auch nicht zu verlangen, daß eine neugebildete parlamentarische Koalition von vornherein ganz glatt und fehlerfrei arbeitet, und die Reichstagsmehrheit hat sich rasch auf den richtigen Weg zurückgefunden. Grundsätzlich ist es zweifellos ein erheblicher Fortschritt, wenn in einem Parlament eine feste Mehrheit besteht. Nur dann können seine gesetzgebenden Aufgaben glatt erledigt werden, nur dann kann es der Politik des Landes einen klaren und festen Kurs weisen. Das tut jetzt der Reichstag, und darin liegt die große Bedeutung seiner Mehrheit, welche sich in den interfraktionellen Konferenzen ein brauchbares Arbeitsmittel geschaffen hat. Die Wahl des neuen Präsidiums bringt in glücklicher Form für das innerpolitische Leben und vor der ganzen Welt zum Ausdruck, daß diese Reichstagsmehrheit besteht und gewillt ist, weiter zu wirken.

Von noch viel größerer Bedeutung wird jedoch diese Mehrheit werden, wenn die beiden bevorstehenden Entscheidungen am Reichstag im Sinne des politischen Fortschritts fallen. Es handelt sich um weittragende Entschlüsse auf finanziellem und sozialem Gebiet.

Der Kampf um das Arbeitsamtergesetz spielt sich in mehreren Brennpunkten ab. Die Einbeziehung der Angestellten, der Eisenbahner, Seelente und Landarbeiter in die Vorlage ist wichtig genug und lebhaft umstritten, aber ausschlaggebend bleibt doch die Abstimmung darüber, ob das ganze Deutsche Reich planmäßig und zwangsweise mit einem Reize von Arbeitsstammern überzogen wird, oder ob Arbeitsstammern hier und dort nur nach dem Bedürfnis einzelner Berufszweige eingerichtet werden sollen. Solche Arbeitsstammern auf sachlicher Grundlage hätten für die Arbeiterklasse keine Bedeutung; nur allgemeine Arbeitsstammern mit territorialer Gliederung könnte sie schützen. Im Ausschuss ist mit knapper Mehrheit von zwei Stimmen die örtliche Gliederung durchgesetzt worden. Hält die Mehrheit daran fest und setzt sie das durch, wird sie hier wie bei der Aufhebung des § 153 ein gutes Stück sozialer Reformarbeit leisten und Anerkennung im Volke finden.

Gegenüber der Anforderung von drei Milliarden neuer Steuern hat die Reichstagsmehrheit sofort erklärt, daß sie einen solchen Betrag allein aus Abgaben von Verbrauch und Verbrauchssteuer nicht bewilligen könne — es müßten auch erhebliche Steuern auf das Vermögen dazukommen. Die einzelstaatlichen Finanzminister haben sich heftig getraut, aber die Mehrheit ist jetzt gefestigt. Nun werden am Montag die Regierungen der Bundesstaaten endgültig Stellung zu nehmen haben. Sie sollen darinnen willigen, daß neue Reichssteuern eingeführt werden auf die großen Einkommen, d. h. die großen Einkommen, die jetzt erheblich beträchtlicher sind als vor dem Krieg, und auf die hohen Vermögen; nebenhergeben soll ein weiterer Ausbau der Kriegsgewinnsteuer auf Gesellschaften und Einzelpersonen.

Auch auf dem Finanzgebiet wird ein fester Mehrheitswille die Regierungen zur Gefolgshaft zwingen und bessere

Maßnahmen für die endgültige Neuordnung des Reichssteuerwesens nach dem Kriege eröffnen. Auch hier wird sich die Arbeit der Mehrheitsparteien bewähren. Und wenn sie im Brausen dieser noch nicht ans Ziel gelangt ist, so lebhaft besteht, weil die Mehrheit dort leider keine Mehrheit ist. Dazu muß sie erst durch den Willen des Volkes bei der Auflösung und Neuwahl des Abgeordnetenhauses werden. —

### Obert Vorsitzender des Hauptausschusses des Reichstages

B. I. B. Berlin, 11. Juni. Der Hauptausschuss des Reichstages vollzog heute vor Eintritt in die Tagesordnung die Wahl des neuen Vorsitzenden und des Stellvertreters. Auf Vorschlag Bröders (Zentrum) wurde Obert (Sozialdemokrat) zum Vorsitzenden, Stresemann (natl.) zum stellvertretenden Vorsitzenden durch Zureden gewählt. Der bisherige Vorsitzende, jetzige Reichstagspräsident Fehrenbach verabschiedete sich mit Dankesworten vom Hauptausschuss, worauf ihm Abg. Jund (natl.) den Dank des Ausschusses für die umsichtige Amisführung aussprach. Obert übernahm mit dem Ausdruck des Dankes für das ihm entgegengebrachte Vertrauen den Vorsitz an und würdigte die Geschäftsführung des bisherigen Vorsitzenden und des stellvertretenden Vorsitzenden. Darauf wurde die Beratung der Änderung des Reichsstempelgesetzes fortgesetzt.

### Reichstagspräsidium und „unabhängige“ Fraktion

Die „Unabhängigen“ haben sich grundsätzlich auf den Standpunkt gestellt, der Vermehrung des Reichstagspräsidiums auf vier Mitglieder zuzustimmen und diese nach der Fraktionsstärke auszuwählen. Sie haben demnach auch für den Zentrumsmann Fehrenbach als Präsidenten gestimmt. Aber trotzdem gegen den Sozialdemokraten Scheidemann als Vizepräsidenten! Ihre amtliche Parteikorrespondenz begründet das in dieser lebenswichtigen Weise: „Die Fraktion der „Unabhängigen“ wahrlich das Recht, Personen abzulehnen, die ihr aus persönlichen oder politischen Gründen des Vertrauens unwürdig gelten. Diesen Fall hat die Fraktion bei Herrn Scheidemann als vorliegend gefunden. Als Persönlichkeit ist Herr Scheidemann für die unabhängige Sozialdemokratie Deutschlands erliebt, nachdem diese ihn öffentlich unehrenhafter Handlungen im Sinne des Parteifaltus und des Treubruchs beschuldigen mußte, diese Beschuldigung aufrecht erhält und jedem Unbefangenen gegenüber zu beweisen imstande ist. Einen solchen Mann, der hunderttausenden von Sozialdemokraten in dem früher in ihm als Mensch gefassten Vertrauen auf schärfste getäuscht, seine Treulosigkeit und struppellose Geschäftstaktik (in Firma Scheidemann-Obert-Braun & Co.) durch eine erlautete Vertrauensumgebung zu erwidern, das hieße Uebermensches von unserer Partei verlangen.“

Es wäre schweres Unrecht gegen die Geschichte, wenn man dieses gefällige Dokument raschfälliger Ausnahmepolitik, ausgehend von Seiten, die sich selber am lautesten über Ausnahmebehandlung beschwerten, nicht verbreiten wollte. Die „D. R.“ sagt zu diesem Inquisitions-Erlaß der Haasepartei:

Die „Unabhängigen“ werden sich hiernach nicht mehr wundern dürfen, wenn alle anderen Parteien ihre Mitglieder für unwürdig irgendwelcher Vertrauensposten halten. Denn Anstand und Vernunft zu beweisen, hat jene Gruppe eben als eine übermenschliche Zumutung für die „Unabhängigen“ erklärt. Fehrenbach ja, Scheidemann nein, oder lieber mit Fehrenbach als mit Scheidemann — so steht der proletarische Klassenkampf der „Unabhängigen“ aus.

Die deutschen Arbeiter aber sollen nie vergessen, daß die Partei der politischen Advokaten nur deshalb ja gegen den deutschen Proletarier Scheidemann hegt, weil er am entschiedensten die Politik vertrat, die die Freiheit des deutschen Volkes und seiner Heimat gegen den großkapitalistischen Imperialismus der Entente verteidigt.

Für die Reichstagswahlen haben die „Unabhängigen“ mit dieser Richtung Scheidemann einen Grundlag aufgestellt, der ihnen noch unheimlich werden dürfte!

Die parlamentarischen Abstimmungsgegenossen der „Unabhängigen“ um Westarp schützten Scheidemann in ihrer „Kreuzzeitung“ ebenfalls aus persönlichen Gründen wie folgt ab:

Dazu kommt, daß gerade dieser es war, dessen Wahl von der sozialdemokratischen Fraktion vorgeschlagen und verlangt wurde. Mit seinen gegen den Siegeswillen gerichteten Äußerungen und mit seinen Ankündigungen, die Drohungen verzweifelt ähnlich sehen, ist er in der Frage der Friedensziele, in der zurzeit die Entscheidung über die Zukunft Deutschlands liegt, einer der hervorsteckendsten Träger einer Politik, die vom konservativen Standpunkte aus aufs schärfste bekämpft werden muß, ganz abgesehen selbst von früheren Erinnerungen aus der Zeit vor dem Kriege.

Mehr können wir für Scheidemann wirklich nicht an Ruhm fordern, als den gemeinsamen persönlichen Haß derer um Westarp und Haase.

### Der Reichslanzier und Preußens Wahlrecht

Berlin, 10. Juni. Wie die „Nationalzeitung“ aus parlamentarischen Kreisen erfährt, hat Ministerpräsident Graf Hertling bei einer Unterredung, die er vor wenigen Tagen dem konservativen Abgeordneten von Heydebrand gewährte, keinen Zweifel darüber gelassen, daß er mit dem gleichen Wahlrecht stufe und falle und daß die Staatsregierung unter allen Umständen entschlossen sei, durch Auflösung des Hauses an die Wähler zu appellieren. Diese heute in Abgeordnetenkreisen bekannt gewordene Tatsache rief lebhafteste Erregung hervor.

Diese Erregung ist mehr als dies bezeichnend für die Herrschaften, für die die Unverbrüchlichkeit eines Königswortes sonst absolut unerschütterlicher Glaubenssatz ist.

### Fortschrittliche Volkspartei und Wahlrechtsfrage

Der Zentralkomitee der Fortschrittlichen Volkspartei trat am Samstag in Berlin zu einer zweitägigen Verhandlung zusammen. Ueber den Wahlrechtskampf in Preußen referierte Abgeordneter Dr. Radnische. Er gelangte nach dem „B. I.“ zu dem Resultat, daß auch das neue, von den Mehrheitsparteien jetzt ausgearbeitete Kompromiß zu einer Verständigung mit der Regierung und der Linken, ohne welche die Minister Friedberg und Drens das ganze Gesetz wohl nicht machen wollen, unmöglich führen könne. Was sich im Rahmen des gleichen Wahlrechts fällt, nimmt die Regierung nicht an. Es bleibe also nur Auflösung und Wahlkampf übrig. Wenn die Wahlrechtsfrage hierbei eine einheitliche Front bilden, werde zweifellos eine Mehrheit für das gleiche Wahlrecht erreicht werden. Nach Aussprache wurde einstimmig folgende Entschliessung angenommen:

„Der Zentralkomitee der Fortschrittlichen Volkspartei erachtet die königliche Hofschaff vom 11. Juli 1917 nur dann als durchgeführt, wenn das gleiche Wahlrecht bedingungslos und ohne Kürzung der Rechte des Abgeordnetenhauses zur Annahme gelangt.“

Bericht des Abgeordnetenhauses bei seinem Widerstande, ist es ohne weitere Verzögerung aufzulösen.

An die Parteifreunde richtet der Zentralkomitee die dringende Aufforderung, schon jetzt umfassende Vorbereitungen für den Wahlkampf zu treffen und im Einverständnis mit der Parteileitung rechtzeitig eine Verständigung mit anderen Parteien zu treffen.

An Stelle des verstorbenen Präsidenten Dr. Raempf, der dem Geschäftsführenden Ausschuss als Schachmeister angehört hat, wurde der Vorsitzende des Verbandes der Hirsch-Dunkelfrisen Gewerkschaften, Stadtverordneter Hartmann, zum Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses gewählt. Abgeordneter Ranzow wurde zum Schachmeister berufen.

### Die Geschäftslage des Reichstages

B. I. B. Berlin, 8. Juni. Der Vortag des Reichstages trat heute vor Beginn der Vollversammlung zu einer Besprechung des Beratungsplanes zusammen und einigte sich dahin: Bis Freitag den 14. Juni sollen erledigt werden die zweite Lesung des Haushalts des Reichsamt des Innern und des Reichsheeres mit Ausnahme der Militärbeamten- und Militärarbeitertragen. Abstrakt tritt eine Beratungspause bis zum 19. Juni ein. Am Donnerstag den 20. Juni

## Danziger Nachrichten

### Getreideblühen

Nicht mit dem Gepränge unserer Obstbäume und Blüten-  
gewächse besorgt unser Getreide sein Geschäft des Blühens. Es ist  
auf Fadenaufwand, süßen Duft und feineren Straußaussehen gar  
nicht angewiesen. Es hat die Schwärmer der Insekten zur Be-  
fruchtung seiner Blüten nicht nötig, sondern besorgt dies mit ein-  
hüßigen Wind schon allein. Zuerst entwickelt es seine Ähren zu  
einer Höhe, wie sie im Vergleich zur Dicke kein Kleienbaum er-  
reicht. Zugleich hat es auch seine Ähren soweit entwickelt, daß eines  
schönen sonnigen Morgens, wenn die Sonne langsam ihre Kraft ein-  
schaltet, das Blühen beginnt. Zuerst küssen sich die beiden Blüten-  
spitzen, wie sie in Reihen nebeneinanderlaufend die zusammen-  
gelegte Ähre bilden, und drei blaugrüne Staubbeutel rücken aus  
jedem Spelzenpaar in die Morgensonne. Dann fangen die Staub-  
fäden, die noch in der Spelz sitzen und woran die Beutel hängen,  
mit erstaunlicher Schnelle zu wachsen an, 1 bis 1 1/2 Millimeter in der  
Minute, so daß es möglich ist, fast buchstäblich „Getreide wachsen“  
zu sehen. Willst du es aber wirklich sehen, so nimm eine vor der  
Blüte stehende Ähre in den Mund, und vor dem treibenden Hauch  
deines Atems hast du den Vorgang der Blütenentfaltung ganz sicht-  
bar vor deinen Augen. In ganz kurzer Zeit sind die Staubfäden  
etwa einen Zentimeter lang, und wie sie mit vieler Entwidlung zu  
Ende sind, verlieren sie ihre aufrechte pralle Haltung. Die Staub-  
beutel kippen nach unten um und sie hängen nun an den erschlafte-  
nen Ähren rings um die blühende Ähre herum. Da schwingen sie  
zittern sie vor dem leichten Hauch und jede Schwingung nimmt ihnen  
etwas von ihrem glatten unendlich feinen Blütenstaub, den sie in  
sich tragen. Er schwebt im Morgenwind ein paar Stunden lang wie  
ein leichtes Wölken über dem Ährenfeld. Dann düstet es nach  
blühendem Korn. Zugleich aber tut sich rechts und links am Grunde  
jedes Spelzenpaares die Narbe eines werdenden Saatfruchtens auf.  
Und von dem im Winde treibenden Blütenstaub fällt genug auf  
die empfangsbereiten Narben, um in ihren Fruchtknoten keimbildendes  
Leben zur Getreideausaat fürs nächste Jahr zu erwecken. Noch  
vor dem Abend desselben Tages fallen die entleerten Hülzen der  
Staubträger ab, die höchstzeitlich beendet. Nur mögen Sonne und  
Wind das Ihrige besorgen. Wer aber jetzt und in den nächsten Wochen  
Gelegenheit hat, frühmorgens ein blühendes Getreidefeld zu finden,  
der sollte sich den Vorgang anschauen. Er bietet des Wunderbaren  
genug, was alles, was vom tiefen Geheimnis der Entwicklung des  
Lebens handelt.

**Wintergarten.** Morgen Sonntag beginnt ein neues  
Programm. Wir greifen einiges heraus. Die Todesfahrt  
der Familie Dglos und der Melange-Sportakt der Kitty Trautz  
sind unsere Hauptanziehungspunkte zu sein, denen sich die übrigen  
vielfachsprechenden Nummern anschließen. Sonntag finden  
zwei große Vorstellungen statt.

### Circus Krone

Auch bei den Circus-Darbietungen zeigt sich die Ueber-  
legenheit des Großbetriebes gegenüber dem Kleinbetrieb. Wir  
sahen hier kürzlich einen Circus auf dem Heumarkt. Welch ein  
Unterschied zwischen dem dort Gebotenen und dem, was der  
augenblicklich auf dem Wallplatz gastierende Circus Krone  
leistet. Eisbären, Tiger, Elefanten und Nipferde sind für uns  
gewohnte Europäer immer etwas Sehenswertes. Noch dazu,  
wenn sie sich in so vollendeter Dressur zeigen, wie im Circus  
Krone. Manche Leistung der Tiere ist staunenswert und er-  
weckt lebhaftes Interesse. J. B. wenn sich die Elefanten zu  
Tisch setzen und ihr Abendessen einrichten oder wenn der eine  
der Eisbären als Säugling in der Wiege liegt und die Flasche  
leert, während ein anderer ihn schaukelt. Gute akrobatische  
Arbeit leistet vor allem die Hegelmann-Truppe, deren  
Mitglieder mit außerordentlicher Geschicklichkeit und Sicherheit  
sich in der Luft ihre Turnkünste zeigen. Reichhaltig ist der Spiel-  
plan auch auf dem ureigensten Gebiet der Circuskunst, der  
Pferde-Dressur und verwandter Reikunst. Da sei nur allem die  
Ukrainerin genannt, die aufs neue den Ruf der Kosaken  
als tollkühne Reiter beweist. In den Pausen wird Groß und  
Klein von den Spasmachern Koto und Krinke aufs beste unter-  
halten. Kein Wunder, daß der Circus Krone eine solche An-  
ziehungskraft besitzt, daß der weite Raum allabendlich ausver-  
kauft ist. Wir möchten bei dieser Gelegenheit auf die Nach-  
mittagsvorstellungen am Sonnabend, Sonntag und Mittwoch  
hinweisen, die ein umgekehrtes Programm bringen und sich  
hauptsächlich als Familienvorstellung trefflich eignen.

### Zuruf

Alles kann sich umgestalten!  
Mag das dunkle Schicksal walten,  
Nützig auf der steilsten Bahn!  
Trau dem Glücke! Trau den Göttern!  
Steig, trotz Wogendrang und Western,  
Kühn wie Cäsar in den Kahn.

Laß den Schwächling angstvoll zagen!  
Wer um Hohes kämpft, muß wagen!  
Leben geht es oder Tod.  
Laß die Woge tosend branden!  
Nur bleib immer, magst du landen  
Oder scheitern, selbst Pilot!

Matthysen.

## Rückblick auf die Spielzeit 1917-18

Mit Sudermanns „Johannisfeuer“ schloß am Dienstag  
unser Stadttheater seine Pforten. Und es war, als sollte mit  
diesem Stück noch einmal das ganze Können unserer heimischen  
Künstlerchor ausleuchten und die Verehrung und der Dank, die  
unser Publikum für sie alle empfand. Als sich der Vorhang  
nach Schluß des vierten Aktes wieder hob, hatte sich die Bühne  
unterdessen in einen Blumenhain verwandelt. Nicht enden-  
voller Beifall dankte immer aufs neue den Künstlern für  
die schönen und erheiternden Stunden, die sie uns im Laufe der  
Spielzeit und nicht zuletzt mit der stimmungsvollen Wiedergabe  
des Sudermannschen Meisterwerkes geboten hatten. Die  
Leistungen der Künstler hier noch einzeln zu besprechen, erübrigt  
sich. Erwähnen wollen wir noch die Aufführung von Philippi  
„Wohltäter der Menschheit“, die Direktor Schaper  
am Donnerstag der vorigen Woche zum Besten der Ludendorff-  
Spende herausgebracht hatte. Und zwar deshalb, weil sich  
Direktor Schaper hierin schauspielerisch betätigte. Wieder  
dieselbe große Erfolg, den er schon gelegentlich der vorjährigen  
Aufführung von Hebbels „Maria Magdalena“ hatte.

Von der Direktion wird uns noch mitgeteilt, daß der  
Circus sein an Erfolgen reiches Gastspiel bereits am 24. Juni  
schließt. Die Danziger können den jetzigen Spielplan noch bis  
einschließlich Montag sehen. Am kommenden Dienstag hat die  
Regie einen neuen Spielplan in Vorbereitung. Rechtzeitig Ein-  
trittskarten besorgen und nicht rauchen im Circus! Höflichkeit  
ist den Beamten und Angestellten des Circus zur Pflicht ge-  
macht. Sei auch höflich gegen die Angestellten, die es oft nicht  
leicht haben, alle die vielen Menschen sicher zu Platz zu bringen.

### Zum Besten der Ludendorff-Spende

veranstaltete das Landwehr-Fußartillerie-Bataillon 33 am  
Mittwoch im Kurhaus Westerplatte ein großes Gartenfest.  
Der gute Zweck und das schöne Wetter hatte Tausende veran-  
laßt, den schönen Park aufzusuchen, wo Männerchöre, Theater-  
aufführungen, humoristische Vorträge, alles ausgeführt von An-  
gehörigen der Bataillons, die Zeit schnell verstreichen ließen.  
Buden mit allerlei Kurzwahl, Verlosungen, brachten Geld in die  
Kasse. Abwechslend spielt die Kapelle des Landsturm-Bataillons  
1720 und die Hauskapelle. Der rührigen Leitung war ein  
günstiges Ergebnis beschieden.

### Das Danziger Gewerkschaftskartell zur Ludendorff-Spende

Der Ausschuß des Danziger Gewerkschaftskartells hatte zu  
Mittwoch den 12. Juni eine gut besuchte Versammlung der  
Kartelldelegierten, Vorstände und Vertrauenspersonen der Ge-  
werkschaften einberufen, um zur Beteiligung an der Ludendorff-  
Spende Stellung zu nehmen. Das einleitende besprechende  
Referat hielt der Vorsitzende, Gewerkschaftssekretär Krüger.  
Nach langer Debatte wurde beschlossen, von eigenen Sammlun-  
gen abzusehen. Alle Redner, auch die, die grundsätzlich anderer  
Meinung waren, betonten ausdrücklich, dazu beitragen zu  
wollen, daß das harte Los der Kriegsbekämpften gemildert  
werde. Ausdrücklich wurde hervorgehoben, daß bereits 80 bis  
90 Prozent der in Danziger Betrieben beschäftigten Arbeiter  
zur Zeichnung für die Ludendorff-Spende veranlaßt worden  
sind.

Die Versammlung beschloß ferner einstimmig, Schritte  
zu unternehmen, um die Aufhebung der durch Bekanntmachung  
des stellvertretenden Generalkommandos geschaffenen einschrän-  
kenden Bestimmungen, betreffend das Vereins- und Versamm-  
lungswesen, wieder aufzuheben.

### Was opferst Du?

Die letzten Opfer von Riesenkreuzen . . .  
Bringen im Westen die deutschen Heere!  
Du hältst noch zurück mit dem Dankesloß?  
Bring uns dein Geschmeide! Dein letztes Gold!

### Die „Danziger Zeitung“ abkündigen?

Kürzlich brachten wir die Nachricht von dem Besitzwechsel  
der bisherigen freisinnigen „Danziger Zeitung“, und deuteten  
auf den unausbleiblich erscheinenden Tendenzwechsel hin. Die  
den Nationalliberalen und der Vaterlandspartei sehr nahe-  
stehende „Danziger Neueste Nachrichten“ bestätigt nun, daß  
Kommerzienrat Benkhi-Brandenburg und die Familie Muscate-  
Dirschau diejenigen Gesellschaftsanteile der „Danziger Zeitung“  
G. m. b. H. gekauft haben, die im Besitze der Erben der Herren  
Dito Kasemann und der Frau Marie Kasemann sich befanden.  
Besonders erfreut ist die „Neueste Nachrichten“ darüber, daß  
nach diesem Besitzwechsel die Stellungnahme der „Danziger  
Zeitung“ gegenüber den Zielen der Vaterlandspartei freund-  
licher wurde, als sie es bis dahin war.

Es ist zu bedauern, daß es dem Kapital gelungen ist,  
für seine eigennützigen Zwecke Boden zu gewinnen. Deshalb  
Arbeiter, steht zur „Volkswacht“, die allein das Allgemein-  
interesse des Volkes vertritt.

### Der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie

Zu der unter dieser Ueberschrift abgedruckten Notiz in  
Nummer 21 unseres Blattes wird uns mitgeteilt, „daß nach den

angestellten Ermittlungen der Leitung der Königlich Gewehr-  
fabrik nichts davon bekannt ist, daß Werbezettel der angege-  
benen Art verteilt worden sind. Die Leitung der Gewehrfabrik  
läßt sich die Fernhaltung jeglicher Art politischer Agitation  
sorgfältig angelegen sein.“

Damit wäre unsere Frage: „Ob die Verwaltung der Kgl.  
Gewehrfabrik von diesem Treiben Kenntnis hat oder ob die  
Beitrittserklärungen gar in ihrem Einverständnis verbreitet  
werden“, erledigt. Dessen ungeachtet steht einwandfrei fest, daß  
Beitrittserklärungen für den Reichsverband gegen die Sozial-  
demokratie in der Gewehrfabrik verteilt sind, allerdings von  
unbekannter Seite, ohne Wissen der Verwaltung. Unsere Mit-  
glieder werden daraus sicherlich die richtigen Schlüsse ziehen.

### Maßregel in der Kgl. Gewehrfabrik

Man schreibt uns:

Ein recht sonderbarer Vorgang ist von der Kgl. Gewehr-  
fabrik zum Anlaß genommen, um einen Arbeiter, der jahre-  
lang in diesem Institut beschäftigt war, auf die Strafe zu  
setzen.

Die Kgl. Gewehrfabrik unterhält eine eigene Speiseküche,  
von welcher die Arbeiter ihr Mittag- und Abendessen beziehen  
können. Ein Familienvater, der von seinen Angehörigen sein  
Mittagbrot zur Fabrik geschickt bekam, sollte gleichfalls sich  
in die Küche derjenigen stellen, die ihre Mahlzeiten von der  
Speisehalle bezogen. Diesem unberechtigten Verlangen leistete  
er nicht Folge. Er wurde von einem Feuerwehrmann in  
Strafe genommen. Mit dieser Maßregel nicht zufrieden, war  
als Ergebnis seines Einspruches die Entlassung die Folge.

Wir erinnern uns noch recht deutlich der Zustände, die  
entstanden, wenn Arbeiter ihre berechtigten Interessen wahr-  
nahmen. Von einem Betriebe zum andern gejagt, wußten sie  
nicht, ob sie überhaupt noch einmal Arbeit erhalten würden.  
Etwas anders ist es während des Krieges geworden. Nicht  
aber darauf ist der Wandel zurückzuführen, daß die Arbeit-  
geber die Forderungen ihrer Arbeiter für berechtigt aner-  
kennen, sondern weil die Arbeitskräfte dringend gebraucht  
werden. Um so sonderbarer mutet es an, daß in einer Zeit,  
wo Arbeitskräfte nicht brach liegen sollen, ein Kgl. Institut  
unter solchen Umständen einen Arbeiter brotlos macht.  
Wir befürchten, daß dieser Fall Schule machen und die Arbeit-  
geber anspornen könnte, wieder den alten Herrenstandpunkt  
herauszutreten.

Aber auch die Arbeiter der Staatsbetriebe sollten aus  
diesem Vorgang die richtige Lehre ziehen und durch gute Ar-  
beiterorganisationen dafür Sorge tragen, daß solche Mißstände  
beseitigt werden. Dadurch werden die Lebensinteressen der  
Arbeiter am besten gewahrt.

### Mitgliederversammlung des Bauarbeiterverbandes

In der letzten Mitgliederversammlung sprach Kollege  
Schulz, Bromberg, über Abbau und Aufbau der Löhne  
nach dem Kriege. Redner führte ungefähr folgendes aus:  
Ueberall, wohin wir auch blicken, sehen wir die der Landwirt-  
schaft angehörenden Kreise bestrebt, höhere Preise für ihre  
Produkte zu erzielen. Nicht die Not ist es, welche zu diesem  
Treiben zwingt, sondern nackte Gewinnlust ist das Leitmotiv.  
Ein Landwirt z. B., der 180 Morgen Land sein Eigen nennt,  
erzielte im Jahre 1915 7000 Mark, 1916 9000 Mark und 1917  
15 000 Mark Reingewinn. Eine ganz respektable Summe.  
Begründet werden die Kriegsgewinne der Landwirte damit,  
daß nach dem Kriege große Neuananschaffungen vorgenommen  
werden müssen. So sehr das Streben dieser Kreise zu be-  
greifen ist, so berechtigt ist aber die Frage, wer sorgt für Rück-  
lagen der Arbeiterschaft, wer sorgt dafür, daß auch diese Neu-  
anschaffungen vornehmen können? Die hohen Kriegslöhne,  
über die in gegenwärtiger Zeit soviel gezeitert wird, reichen  
nicht aus, um auch nur die bescheidensten Ansprüche zu be-  
friedigen. Trotz des höheren Lohnes lebt der Arbeiter, der  
keine Mann, schlechter wie in Friedenszeiten. Wenn wir aber  
glauben, daß auch die Arbeitgeber dieses einsehen und dem-

Ueber die zweite Spielzeit der Aera Schaper ist der Vor-  
hang gefallen. Sie hat uns zweifellos manches Gute gebracht.  
Auf dem Gebiet der Oper vor allem Eugen d'Alberts Neuheit  
„Die toten Augen“ und in guter Aufführung die Neu-  
einstudierungen von Wagners „Meistersänger von Nürnberg“  
und Offenbachs „Hoffmanns Erzählungen“. Im übrigen kamen  
eine Anzahl Opern zur Aufführung, die wir bereits in der  
vorigen Spielzeit gesehen hatten. Ist das auch im allgemeinen  
nicht tadelnswert, so wäre doch zu wünschen, daß der Spielplan  
abwechslungsreicher gestaltet würde. Haben wir Danziger  
doch mehrere Jahre die Oper entbehrt. Die Operette hielt sich  
in bescheidenen Grenzen.

Auch über das Schauspiel muß ein kritisches Wort gesagt  
werden. Manches hätte hier besser sein können. Vor allem  
fällt auf, daß unsere Klassiker nur wenig zu Gehör kamen.  
Von Schiller gelangten zur Aufführung „Wilhelm Tell“ und  
„Kabale und Liebe“. Stücke, die uns bereits mehrere Jahre  
ständig hinter dem Vorhang verhüllten, während wir manches  
andere Meisterwerk Schillers entbehren mußten. Aufgeführt  
wurden ferner Grillparzer mit zwei Werken, Hebbel mit zwei,  
Kleist mit einem und Shakespeare mit drei Werken. Von  
letzterem ragten die Aufführungen von „König Lear“ und  
„Sommerachtsraum“ über das Durchschnittsmaß hinaus.  
Goethe und anderer andere blieb uns völlig verfehlt. Die  
Kriegsumstände können nicht für alles Entschuldigung sein.  
Gewiß hat die Direktion jetzt ihre Schwierigkeiten. Kassen  
und Einrichtungen sind abgebraucht und kaum neu zu beschaffen.  
Daß sich aber auch bei unsern beschränkten Bühnenverhältnissen  
seltenswerte Aufführungen ermöglichen lassen, bewiesen die  
schönen Bühnenbilder in „Verstorbene Glocke“ und „Sommer-  
nachtsraum“. Unsere Künstlerchor trifft kein Vorwurf da-  
für, daß wir manches entbehren mußten. Hier wäre wün-  
schenswert, daß wir Kräfte, deren Können und Tüchtigkeit sich  
erwiesen hat, auch für die nächsten Jahre behielten. Ein stän-  
diger Wechsel des Künstlerpersonals beeinflusst den Spielplan  
in nicht vortheilhafter Weise. So ist es sehr bedauerlich, daß

wir Kräfte wie Hermann Werthe, Leo Hubermann und Maria  
Vera mit Ablauf dieser Spielzeit verlieren. Der Ersatz ist nicht  
immer vollwertig, wie wir es im vorigen Jahr bei der Neube-  
setzung des Heldenjaches erlebten. — Von Schauspielneuheiten,  
die zur Aufführung gelangten, seien noch genannt, das „Haus  
am Meer“, „Meerleuchten“ und die hübschen Lustspiele „Die  
brüden Seehunde“ und „Am Teufels“. Von unsern großen  
Modernen kam Sudermann mit drei, Hauptmann mit zwei,  
Halbe mit einem und Ibsen mit zwei Werken zu Gehör. Das  
Schauspiel nahm 144, die Oper 159 Aufführungen in Anspruch.  
Erreulich war, daß die Spielzeit etwas verlängert wurde.  
Wohl aber hätte der Versuch gemacht werden können, den  
Sommer über durchzuspielen. Mit Schauspiel, Lustspiel und  
Operette wäre es sicher gegangen.

Mögen unsere kritischen Ausstellungen dazu beitragen,  
daß der Spielplan des Stadttheaters in der nächsten Spielzeit  
vollkommener werde. Möglich ist es. Direktor Schaper ist nicht  
allein Geschäftsmann, sondern auch ein künstlerisch tief wirken-  
der Spielleiter und Darsteller. Selbstverständlich wird unser  
Stadttheater den Ansprüchen einer Großstadt wie Danzig mehr  
als bisher genügen können, wenn friedliche Verhältnisse ein-  
gekehrt sind. Gerade die kommende Friedenszeit erfordert aber  
auch besondere Zurüstungen. Heute ist das Theater stets ge-  
füllt, auch wenn das Stück und die Wiedergabe durchaus nicht  
künstlerisch vollwertig sind. Das wird die Direktion in kommen-  
den Friedensjahren zu größerer Vollendung anspornen. Möge  
auch die Stadtverwaltung in der Theaterfrage nicht so eng-  
herzig wie bisher verfahren. Viele Stadtverordnete betrachten  
das Theater leider bisher nur als Vergnügungsstätte und Ein-  
nahmegeld für den Stadtkäse. Darunter leidet nicht nur die  
Kunst, sondern auch die sozialen Interessen der Schauspieler.  
Hoffentlich macht sich hier im kommenden Herbst ein Wandel  
bemerkbar, wenn nicht anders, so durch einige wirkliche Arbeit-  
vertreter als Stadtverordnete, die bisher auch in anderen  
Städten stets am energischsten den Kampf für Kultur und  
Kunst geführt haben.



Die Beratung des Friedensvertrages mit Rußland, im An-  
schluß daran die zweite Lesung des Haushalts für das Auswärtige  
Ministerium. Der Rest des Juni wird mit der Beratung der noch aus-  
stehenden Haushaltspläne ausgefüllt. In der ersten Juliwache sollen  
Staatsvorlagen und dritten Lesungen folgen. Man hofft, den  
normalen Tagungsabchnitt am 6. Juli schließen zu können.

### Konservative Einsicht — für Rußland

In einem Artikel des konservativen „Reichsboten“ über „Ruß-  
lands Miederbruch“ lesen wir:  
Den Zusammenbruch hat die deutsche Kraft und Hindenburgs  
Selbstherrnrolle gebracht. Aber verhängnisvolle Fehler sind schon  
vor dem Kriege in Rußland begangen. Auf das Unglück im (mand-  
schurischen) Kriege folgte die Revolution, dann versuchte man es mit  
der Einführung eines liberalen Regimes und der Proklamation der  
Menschen- und Gewissensfreiheit, nahm aber diese Zugeständnisse  
wieder zurück, als man sich wieder sicher glaubte und so weiter. Aber nichts  
in Staatelieben ist schlimmer und mehr geeignet, den „Miederbruch“ in  
Bewegung zu setzen, als dies fortwährende Schwanken, Lasten und  
Gegensätze. So kam es, daß der zweite Nikolaus, als Rußland Anfang  
Januar 1914 in den Krieg eintrat, wirklich um (nicht „mit“) „Zepeter,  
Krone und Stern spielte“. Nur in den Kreisen, wo man die russische  
Vollspitze nicht kennt, sah man dies nicht ein.  
Diese Einsicht in russische Verhältnisse hat den „Reichsboten“  
aber nicht abgehalten, wieder mit dafür zu sorgen, daß in Preußen  
Deutschland das abgegebene königliche Versprechen des gleichen Wahl-  
rechts jählich gemacht wurde.

### Das Kriegsziel des Großadmirals v. Tirpitz

Tirpitz, der Vorsitzende der „Vaterlandspartei“, hat dieser Tage  
in Düsseldorf geredet. Wer zuhören wollte, mußte eine Mark Ein-  
trittsgeld zahlen. Stöcker nahm nur 20 Pfg., aber im Kriege ist  
den alles teuer geworden.  
Herr v. Tirpitz will die deutsche Arbeiterkraft da vor bewahren,  
zum Lohnknecht des angelsächsischen Kapitalismus herabzusinken.“  
Nur ist in der Tat ein lobenswertes Kriegsziel. Nur möchte die  
deutsche Arbeiterkraft weder Sklave des angelsächsischen noch Sklave  
des deutschen Kapitalismus werden — sie will weder gestochen noch  
gebraten sein. Für dieses Kriegsziel hat sie bisher bei der „Vater-  
landspartei“ noch kein Verständnis gefunden.  
Das Kriegsziel des Herrn v. Tirpitz ist „ein starkes, ein freies,  
ein über die Scheidung der Klassen hinweg geeintes Deutschland“.  
Über die „Vaterlandspartei“ waren die Hauptfeinde des gleichen  
Wahlrechts, dessen Ablehnung weder zur Stärke noch zur Freiheit  
in Deutschland, noch auch zu einer besseren Verständigung der Klassen  
beizutragen hat, sondern im Gegenteil die Kluft zwischen Arbeitern  
und Besitzenden tief aufgerissen hat. Wir werden an die Ehrlichkeit  
der Tirpitzschen Friedensziele glauben, sobald er mit rückwärtsloser  
Erfolgslosigkeit in den Kampf für das gleiche Wahlrecht in Preußen  
aussteigt. Wie etwa der „Vaterlandspartei“ Traub, der unlängst  
in der „Täglichen Rundschau“ schrieb, er bringe es nicht über das  
Herz, gegen das gleiche Wahlrecht zu stimmen, nachdem er gesehen  
habe, wie die breite Masse an den Fronten auch für ihn buchstäblich  
stirbt. Aber auf eine ähnliche Erklärung der Großadmirale und  
Exzellenzen der „Vaterlandspartei“ für das gleiche Wahlrecht werden  
wir wahrscheinlich vergeblich warten.

### Seltene Vorgänge in einem Rettungshause

Wemar, 30. Mai. (B. L.) Von fast ungläublichen Vor-  
gängen im Rettungshause Liefenort erfährt man durch eine An-  
frage, die im weimarischen Landtag der sozialdemokratischen Abge-  
ordnete Weber an die Regierung richtete. Der genannte Abgeordnete  
führte u. a. aus: Im Rettungshause zu Liefenort sind letztes Jahr  
eine größere Anzahl dort untergebrachter Kinder erkrankt, und ein  
Teil dieser erkrankten Kinder ist bereits gestorben. Wie ärztlicher-  
seits festgestellt worden ist, sind diese Erkrankungen auf mangelhafte  
Ernährung zurückzuführen. Da der großherzoglichen Staatsregie-  
rung bekannt ist, daß diese Erkrankungen eingetreten und in der  
Hauptache darauf zurückzuführen sind, daß Hausvater Geipel in  
Gemeinschaft mit dem Vorsitzenden des Rettungshausvorstandes,  
Superintendent Dr. Bucher, die ungenügende Ernährung mit ver-  
schuldet haben, so stellt der Unterzeichnete die Anfrage: „Welche  
Maßnahmen sind seitens der Regierung ergriffen worden, um neuen  
Erkrankungen, die auf ungenügende Ernährung zurückzuführen sind,  
vorzubeugen. Abg. Weber bemerkt weiter, der Hausvater Geipel  
habe nicht nur verboten, daß die Besucher keine Gaben für die Zög-  
linge mitbrachten, sondern solche Besuche überhaupt unmöglich ge-  
macht. Das Ministerium habe sich mit dieser Maßregel vollkommen  
einerstanden erklärt. Es sei vorgetrieben, daß die Zöglinge, von  
Hunger getrieben, nachts die Küchertammer des Hausvaters plün-  
derten.“

### Rußland

**Reaktionäre Treibereien in Petersburg**  
Hamburg, 11. Juni. (Kriegsztg.) Das „Hamburger  
Fremdenblatt“ meldet: Das offizielle Organ der Sowjetregie-  
rung, die „Iswestija“, erkennt an, daß die Ereignisse in Peters-  
burg und die Unruhen der vergangenen Woche einen gewissen  
Erfolg der gegenrevolutionären Agitation zu bezeugen scheine.  
„Nowaja Djen“ schreibt: Die kritische Lage, in der sich die  
Sowjetregierung befindet, hat ihre Ursache in den von ihr in  
letzter Zeit begangenen Fehlern. Sie, die solange unbestiegbar  
war, als sie von der Volksmenge gestützt wurde, geht langsam  
zugrunde, weil ihr diese Unterstützung nun fehlt.

### Lenin über die auswärtige Politik

Nach einer Moskauer Havasmeldung hielt am Dienstag abend  
Lenin während einer Vollversammlung der Zentral- und Volkswahl-  
ausschüsse der Sowjets eine Rede über die auswärtige Politik und  
sagte: „Die Sowjetregierung ist zu vergleichen mit einer Insel in  
dem imperialistischen Meere, das von starken Strömungen bewegt  
wird. Grundsätzlich ist unsere Insel von diesen gewaltigen Strö-  
mungen nicht verschlungen worden, denn diese laufen einander ent-  
gegen und brechen sich gegenseitig.“  
Sichtlich der internationalen Lage der Sowjetrepublik be-  
merkte Lenin, diese sei äußerst präkar. Er gebe zu, daß der von  
Rußland geschlossene Friede jeden Augenblick gefährdet werden könne.  
Nach einem Sonderbericht der „Rhein-Westf.“ sagte er über  
die Lage im fernem Osten: Japan habe eine Millionen-Armee bereit,  
die vorläufig von Amerika in Schach gehalten werde. Eine Ver-  
ständigung beider wäre zum Nachteil Rußlands. Es sei aber auch  
möglich, daß Amerika seine Position in diesem Punkte gegen die  
Entente orientieren werde. Die Entlassung der englisch-französi-  
schen Truppen an der Murrmanbahn sei unmöglich, da die Sowjets  
ohne Waffen dastünden.  
Schließlich gab Lenin eine drastische Mitteilung des Ber-  
liner Gesandten Stoffe bekannt, die besagt, Deutschland wünsche  
freundschaftliche Beziehungen zu Rußland und Gleichstellung der  
russischen Staatsangehörigen mit den übrigen Neutralen. Marzoff,  
der Führer der Menschewiki, nannte Stoffes Beschwichtigung infolge  
des deutschen Vormarsches in der Krim gegenstandslos. Swerdloff,  
der Präsident des Volkswahlprüfungsausschusses, betonte Deutschlands  
friedliche Absichten.  
Es wurde eine Entschließung angenommen, in der man die  
Sowjetregierung beauftragt, schleunigst die Offiziere zu verstärken.  
Wie der Moskauer Rasche Schluss meldet, hat die Sowjetregierung  
wegen des Verweilens englisch-französischer Truppen an der Mur-  
manbahn entschiedenen Protest eingelegt.

### Der russische Auslandshandel verstaatlicht

Kopenhagen, 11. Juni. (Koff. Ztg.) Aus Petersburg  
wird gemeldet, daß dort eine große mit besonderen Befugnissen



**Warum  
schmeckt Dir Dein  
Essen oft nicht?  
Weil  
es nicht würzig und  
anregend genug ist!  
Du wirst wunderbar  
nicht das Du mit  
Plantox  
den Zweck  
erreicht.**

HERSTELLER:  
**PARAGUAY-FLEISCHEXTRACT-GESELLSCHAFT  
M. B. H.  
HAMBURG 5**

**Plantox ist Fleischextract-Ersatz**  
Genehmigt von der Ersatzmittelstelle Hamburg

Vertreter: **Werner Pieper**, Danzig. Telefon Nr. 1797.

ausgestattete Gesellschaft gegründet wurde, die den gesamten  
russischen Auslandshandel in Zusammenarbeit mit der russi-  
schen Regierung übernehmen soll. Die Gesellschaft besteht aus  
hervorragenden Geschäftsleuten, Industriellen und Bankherren,  
die über außerordentliche Mittel verfügen. Die Absicht der  
Sowjetregierung ist, durch dieses Monopol zu verhindern, daß  
der russische Handel in die Hände von „Ausbeutern“ gerät.  
Seitens der Gesellschaft wurden bereits Beziehungen mit ver-  
schiedenen ausländischen Interessentengruppen angeknüpft.

### Polen

**Freies Volkswahlrecht**  
B. L. B. Warschau, 10. Juni. Der polnische Regimentsrat  
genehmigte den Beschluß des Ministerrats betreffend die Einberufung  
des Staatsrates, so daß am 22. Juni die feierliche Eröffnung des  
Staatsrates stattfindet. Der Entwurf einer Landtagswahlordnung,  
der vom Ministerrate dem Regimentsrat zur Genehmigung vor-  
gelegt ist, sieht das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht  
mit gewissen Eigenschaften des Proportionalwahlsystems vor. Jeder  
Wahlkreis soll nämlich mehrere Abgeordnete wählen, wobei die Ab-  
stimmung mit Hilfe von Listen erfolgt. Das aktive Wahlrecht steht  
jedem Staatsbürger mit vollendetem 25. Lebensjahr zu, das passive  
jedem über 30 Jahre. Der Entwurf der Wahlordnung für Senat  
und Oberhaus bestimmt, daß die eine Hälfte der Mitglieder aus  
Wahlen, die andere aus Ernennung hervorgehen soll.

### Schweden

**Reform des Gemeindevahlrechtes**  
Der Widerstand der Ersten Kammer.  
Stockholm, 8. Juni. Der Regierungsantrag auf Reform des  
Gemeindevahlrechtes wurde in der Ersten Kammer mit 70 gegen 50  
Stimmen abgelehnt. Die Zweite Kammer nahm den Antrag mit 122  
gegen 50 Stimmen an.  
Die Reform des Gemeindevahlrechtes hat in den letzten Kabi-  
netstreffen Schwedens eine einflussreiche Rolle gespielt. Das An-  
drängen von links hat auch diese Forderung obenan auf ihre Fahne  
setzen, und die Regierung hat ihrer Verpflichtung, dieser Forderung  
Genüge zu tun, gehorcht. Wie aber die Abstimmung in den beiden  
Kammern zeigt, ist der Widerstand der Rechten noch nicht gebrochen.

### Aus der Partei

**Das „Häufige Volksblatt“ wieder Parteiblatt.**  
In der Feststellungslage über das Bestrecht am Volksblatt,  
die von den „Unabhängigen“ gegen unseren Parteigenossen, den  
Geschäftsführer Herzog, angestrengt worden ist, hat das Landgericht  
am Freitag das Urteil verkündet. Danach ist den „Unabhängigen“  
bloß darin recht gegeben worden, daß Herzog zur Lösung der An-  
teile seine beiden Mitgesellschafter Jähniß und Reinwand hätte laden  
müssen. Andererseits hat aber das Gericht zugunsten Herzogs er-  
kannt, daß der Uebertritt eines Teiles der Mitgliedschaft zur Unab-  
hängigen Partei eine Handlung war, die für den sozialdemokratischen  
Berein nicht rechtsgültig sein konnte, denn solche Beschlüsse müßten  
einstimmig gefaßt werden. Der Austrittsbeschuß habe nur für die  
Personen der Beschließenden Wirkung; mit der Zustimmung seien  
sie eben aus der Sozialdemokratie ausgeschieden. Dem stehe auch  
nicht die Tatsache gegenüber, daß der Verein bereits 1889 gegründet  
wurde. Die Kosten sind zu zwei Fünfteln dem Beklagten, zu drei  
Fünfteln den Klägern auferlegt worden. Aus diesem Urteil ergibt  
sich, daß wir von der alten Partei die Eigentümer des Volksblattes  
sind und daß sich Herzog nur in einem nebensächlichen, rein formalen  
Punkte geirrt hat.  
So ist ein weiterer Raub eines sozialdemokratischen Blattes  
durch die „Unabhängigen“ wieder gütgemacht. Berater der „Unab-  
hängigen“ war übrigens ihr erster Führer, Rechtsanwalt Haase.

### Aus aller Welt

— Die eigene Lechter erschossen. Ein schwerer Unglücksfall hat  
sich am Sonntag in dem Hause Schloßstraße 119 zu Steglitz bei Berlin  
abgespielt. Die 28 Jahre alte Tochter des Kaufmanns Glase hatte  
sich zum Schuß gegen Einbrecher einen gebrauchten Revolver ge-  
kauft. Da dieser nicht in Ordnung war, beschäftigte sich der Vater  
des Mädchens mit der Waffe, als plötzlich ein Schuß fiel und die  
neben dem Vater stehende Tochter schwer verletzt zusammenbrach.  
Man brachte die Verletzte nach einem in der Nähe gelegenen Kranken-  
haus, wo das Mädchen kurze Zeit danach an den Folgen der schweren  
Verletzung starb. Die polizeiliche Untersuchung hat ergeben, daß es  
sich um einen Unglücksfall handelt. — Ein weiterer, ähnlicher Unfall  
hat sich in einem Waffengeschäft in Friedenau in der Rheinstraße  
ereignet. Das 22jährige Dienstmädchen Anna Grubner war von  
ihrem Dienstherrn, dem Kaufmann Schröder in der Wiesbadener  
Straße, beauftragt worden, einen Kramm zu verkaufen. Die An-  
haberin des Waffengeschäfts lehnte jedoch den Kauf ab und gab die

**Jeder darf radfahren**  
mit meinem erlaubnissfreien Orig.  
Epralschereif 7.75,  
Kohlensäure 6.25, Ia  
Santaurreifen 17.50,  
Ebenring 11.—,  
elastisch, Feder-Holz-  
reifen 13.— Mit., alle  
p. Stuhl. Kann jeder  
auf jede Felge aufleg,  
Umlaufsch gestattet,  
also sehr billig.  
Tausende geliefert. Weberverleiher  
Robatt. Schlawa, Berlin 3255,  
Weinmeisterstraße 4. 189

**Fahrrad-  
Gummi-Reifen!!**

gibt es nicht, aber für ca.  
**600 000**

liefern ich meine für jedes  
Rad passende  
**Fahrrad-Federreifen**  
ohne Werkzeug von jeder-  
mann sof. aufzumontieren.  
**Keine Beschädigung  
Kein Schwund!**  
pro Stück nur M. 7.— per  
Nachnahme. Prosp. gratis.  
**Händler gesucht.**  
Kohlhoff Rad-  
reifen-Großvertrieb  
Berlin N, Rosenthaler Str. 14

Waffe dem Mädchen zurück. In demselben Augenblick entlud sich der  
Revolver und die Kugel drang dem Mädchen durch die linke Hand und  
in den Leib unmittelbar durch den Magen. Die Verletzte wurde nach  
dem Stubenrauch-Krankenhaus gebracht. Es besteht wenig Hoffnung,  
sie am Leben zu erhalten.

— Raubüberfall auf der Weidenammer Brücke. Der Direktor  
des Passagetheaters und Panoptikums, Mohamed Soliman, aus der  
Lugowstraße in Berlin, wurde Sonntag nacht auf der Weidenammer  
Brücke von fünf Männern angehalten, die ihm eine goldene Bufen-  
nadel mit Brillanten im Werte von 2000 Mark und die Brieftasche,  
die 1800 Mark Papiergeld enthielt, entrißten. Auf die Hilferufe des  
Beraubten nahmen mehrere Leute und ein Schuhmann die Verfolgung  
der Räuber auf. Einer von ihnen, ein Kellner Paul Albrecht aus der  
Linienstraße, konnte festgenommen werden. Die anderen entliefen.

— Für 100 000 Mark Seidenwaren und Stoffe wurden in der  
Nacht zu Mittwoch aus dem Berliner Konfektionsgeschäft von S. Klein  
in der Jerusalemstraße 44/45 gestohlen. Die Firma, bei der im  
Vorjahre bereits Stoffe und fertige Konfektion in großen Mengen  
durch Einbruch entwendet wurden, hatte die Türen und Eingänge  
durch Eisenbeschläge usw. gesichert. Die Diebe kamen aber diesmal  
durch den Keller, bohrten an einer nicht zementierten Stelle die  
Decke an und fanden auf diese Art und Weise Eingang in die Geschäfts-  
räume. Die Waren haben die Einbrecher sorgfältig ausgesucht und  
in der Schützenstraße, Ecke Jerusalemstraße, auf einen Wagen  
verladen, ohne daß es den Straßenpassanten auffiel. Die Versiche-  
rungsgesellschaft „Thuringia“ hat für die Wiederbeschaffung der ge-  
stohlenen Waren eine Belohnung in Höhe von 3000 Mark ausgesetzt.

— Verurteilung von Posttäubern. Glogau, 10. Juni. Das  
hierige Schwurgericht verurteilte heute gegen den Berliner Arbeiter  
Gustav Mittelstädt, der in der Nacht zum 31. Dezember 1917 in  
Gemeinschaft mit dem schamloslichen Soldaten Gschonowsky einen  
Raubüberfall auf das kaiserliche Postamt in Quariß, Kreis Glogau,  
ausführte. Beide drangen in das Postamt ein und erbeuteten 17 000  
Mark. Der Postvorsteher, der bei beiden bei der Arbeit stürzte, wurde  
niedergeschlagen, desgleichen seine Frau. Das Urteil lautete gegen  
Mittelstädt auf 10 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust sowie  
Stellung unter Polizeiaufsicht, gegen Gschonowsky konnte nicht ver-  
urteilt werden, da dieser zweimal verhaftet wurde, aber wieder aus-  
gelassen ist.

### Literatur

— Der Mieterschuß. Von Arbeitersekretär Fritz Hent. 16 Sei-  
ten 8., Preis 30 Pf. Verlag: „Medienburgische Volks-Zeitung“,  
Rostock.  
Der Mieterschuß, wie er aus den Bestimmungen der Bundes-  
ratsbestimmungen betr. die Mietseinkünfteämter und aus den  
Vorschriften der Bundesratsverordnungen über Zahlungsfristen  
sowie über Miethen und Einstellung des Verfahrens bei den ordent-  
lichen Gerichten erwächst, ist in dem Büchlein anschaulich dargestellt.  
Besonders ist auch die Frage der Durchführung von Räumungsklagen  
gegenüber Kriegsteilnehmern und ihren Angehörigen an der Hand der  
Rechtsprechung, illustriert durch den Abdruck von Gerichtsurteilen, be-  
handelt.

Dadurch, daß die maßgebenden Bestimmungen in ihrem Wort-  
laut in den Lexi übersichtlich eingebaut sind und auch die Stelle der  
Bekanntmachung im Reichs-Gesetzblatt mit angeführt ist, gewinnt die  
Arbeit auch für denjenigen, der beruflich mit der Bearbeitung der  
einschlägigen Rechtsfragen zu tun hat, besonderen Wert.

### Briefkasten

Ein Leser. Für Ihre wertvolle Mitteilung, betreffend die  
agrarischen Beziehungen des Herrn Z., besten Dank. Ihre Angabe  
wird uns gelegentlich gute Dienste tun.

### Maggi.

Infolge der anhaltenden Steigerung der Rohstoffpreise und  
der Betriebskosten sah auch die Maggi-Gesellschaft sich ge-  
zwungen, die bisher eingehaltenen Friedenspreise zu erhöhen.  
Die neuen amtlich genehmigten Preise sind:  
**Maggi's Würze** in Originalflaschen Nr. 3  
(etwa 250 Gramm) **M. 2.45**  
" " in grossen Flaschen Nr. 6  
(etwa 1400 Gramm) **M. 8.50**  
Der neue Nachfüllpreis für 100 Gramm Maggi's Würze be-  
trägt **65 Pfg.**  
Maggi's Fleischbrühwürfel kosten künftig im Einzel-  
verkauf **5 Pfg.**  
Der anerkannte Ruf der Maggi-Gesellschaft bürgt für die  
Qualität ihrer Erzeugnisse. 202

Hierzu eine Beilage.  
Verantwortlicher Redakteur J. Gehl. Danzig.  
Verlag Volkswacht J. Gehl u. Co., Danzig  
Druck Königsberger Volkszeitung, S. m. b. S., Königsberg 9

# Zur Ostbahn

Jeden Sonntag  
**Grosses Konzert**

Empfehle den wertigen Vereinen u. Gesellschaften die  
Besichtigung von **Höhenes Park**  
Entfernung von der Elektrischen Bahn 2 Minuten  
F. Mathesius.

**Trauer-**

Hüte in reicher Auswahl  
Blusen Handschuhe zu billigsten Preisen

**Julius Goldstein**

Lawendelgasse 4, gegenüber der Markthalle

## Abgabe von Lebensmitteln.

Es werden verabfolgt:

- Von Montag, den 17. bis Sonnabend, den 22. Juni:**
  - Auf die Marke 7 der Kartoffelkarte Nr. 29 4 Pfund und auf die Marke 3 3 Pfund, zusammen also 7 Pfund Kartoffeln.
  - Auf die Marke 1 der neuen Speisefettkarte 62,5 Gramm Butter.
- Von Dienstag, den 18. bis Sonnabend, den 22. Juni:**
  - Auf die Marken 33 und 33 K der Danziger Lebensmittelkarten für Erwachsene und Kinder, sowie auf die Marken 33 und 33 K der Lebensmittelkarte für Erwachsene und Kinder in den Nachbargemeinden je 125 Gramm Mähienerzeugnisse.
  - Auf den Stamm der Danziger Lebensmittelkarten für Erwachsene und Kinder, sowie auf die Marken 34 und 34 K der Lebensmittelkarten für Erwachsene und Kinder in den Nachbargemeinden je eine Suppentafel zum Preise von 10 Pfg.

Die Marken sind in den Geschäften, in denen die Anmeldung zum Bezuge von Mähienerzeugnissen erfolgt ist, erhältlich.  
Die von den Händlern bezümmelten Marken sind den zuständigen Verteilungstellen unverzüglich einzureichen.  
Danzig, den 12. Juni 1918. 203

Der Magistrat.

## Elbing

### Nährmittelverteilungsplan der Stadt Elbing

für die Woche vom 17. bis 23. Juni 1918

**Montag:** 7 Pfd. Kartoffeln (Kartoffelkarte für die Woche vom 17. bis 23. Juni 1918).

**Dienstag:** 1 Pfd. Grützwort (Zusatzkarte für Schwer- und Schwerstarbeiter)

**Mittwoch:** 1/2 Pfd. Sago (Kinderzusatzkarte)

**Donnerstag:** 1/2 Pfd. Marmelade (Nährmittelkarte)

**Freitag:** 1/2 Pfd. Nudeln (Nährmittelkarte)

**Sonntag:** 1 Pfd. Puddingpulver (Nährmittelkarte)

Freier Verkauf von Knochenbrühwürfeln, Knochenbrüwe-Extrakt, Qualitäts-Extrakt und Nährhefe.

Elbing, den 15. Juni 1918.

Der Magistrat — Ernährungsamt.

**Grudenz.**

**Sozialdemokratischer Verein Grudenz.**

Samstag d. 22. Juni, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus Fährplatz 3

### Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Gehl über: „Politik und Volksernährung“. 2. Freie Ansprache. 3. Vereinsangelegenheit — Der Mitglieder werden dringend ersucht, vollständig zu erscheinen. 200

— Gäste haben Zutritt — Der Vorsitz. W. Hank.

## Der Mieterschutz.

Soeben erschienen:

Eine gemeinverständliche Darstellung nach den kriegszeitlichen Bekanntmachungen über

— Einigungsämter, Zahlungsfristen, — Mietfragen und Kriegsteilnehmerschutz

von

Arbeiterssekretär **Fritz Henck.**

Preis 30 Pf., nach auswärts 40 Pf. gegen Voreinsendung.

Zu beziehen von der

**Buchhandlung Volkswacht,**  
Paradiesgasse 32.

## Varieté Wintergarten

Danzig Direkt: Arthur Löwisch Danzig

Ab 18. Juni und folgende Tage das neue grosse

### Varieté-Programm!

Neu für Danzig  
Telefon 1928

**Geraldo und Gerda**  
Doppel-Fangkünster

**Detla Waldau**  
Humoristische Soubrette

**Zoe**  
Luffakt

## Die Todesfahrt

der Familie Oglos

**2 Leonas 2**  
Elastische Neuheit

**G. Neumüller**  
Bayrischer Komiker

## Kitty Traney

in ihrem Melange-Sport-Akt

**Maximilian u. Sohn**  
Akrobatisch-equilibristischer Sportakt

Morgen Sonntag den 16. Juni

**2** gr. Vorstellungen **2**

nachmittags

3 Uhr

Kleine Preise



abends

7 Uhr

Gewöhnliche Preise

Vorverkauf unnumerierter Plätze nur im Kaufhaus Gebr. Freymann, beim Portier im Norddeutschen Hof und im Wintergarten



## GROB-CIRCUS-Schau

Trotz Riesen-Erfolges  
**nur noch bis 24. Juni**  
Danzig, Karrenwall.

In allen Vorstellungen:  
Täglich 7 1/2 Uhr,  
Mittwoch 3 1/2 und 7 1/2 Uhr,  
Sonnabend 3 1/2 und 7 1/2 Uhr,  
Sonntag 3 1/2 und 7 1/2 Uhr:

## Der wunderbare Spielplan

mit dem  
„dressierten Nilpferd Nora“,  
den Elefanten, Eisbären, Tigern,  
Pferden  
und den  
hervorragenden Artisten.

Echt  
getrockneten  
garant.rein. **Schnupftabak** offi-  
riert

**Julius Gosda,** Rohstoffgroßhandlung  
und Schnupftabakfabrik  
Danzig, Ede Hätergasse 5 u. 2. Priefstergasse 5. Fernspr. 2428

## Herren-Hüte

moderne neue Formen  
:: in Stroh und Filz ::

## Knaben-Hüte

jugendliche reizvolle Formen  
:: in Stroh und Filz ::

empfehlen in reichster Auswahl zu unseren  
bekannt mäßigen Preisen.

## Walter & Fleck

Abteilung Herren-Moden

Herren- und Knaben-Mützen  
Rucksäcke — Stöcke — Feldartikel

198

Neue und gebrauchte

## Fahrräder

federnde Holzbockbau, Leder-  
Spiralen, Ersatzteile für Fahr-  
räder.

Feuerzeuge, Taschenmesser,  
Eheren, Sprechmaschinen,  
Schäbplatten, Taschenlampen,  
Batterien.

A. Hein, Breitgasse 113.

## Fahrräder,

neue und gebrauchte Damen- und  
Herrenräder in großer Auswahl, best.  
Friedensware.

## Erfahrungsbereitung

Holz, Lan, Spirale und Leder,  
ohne polizeiliche Erlaubnis zu fahren.  
Benzin 195

## Feuerzeuge

und Gasanzünder in großer Aus-  
wahl. Versand nach jed. Ort. Ange-  
meldebes Kartid kann abgeholt werd.

**Gustav Rhms** Fahrrad-  
Grosshandlung  
1. Damm 22-23, Ede Freitgasse,  
Telephon Nr. 3478.

## Bücherfreunde!

Eine Anzahl Bücher sind käuflich  
oder durch Tausch gegen andere  
gute Bücher zu haben

## Zentralbibliothek

Danzig, 4. Damm 7,  
Eing. Hätergasse. 197

## Steinfeker

stellt ein  
**Firma E. Klingbeil**  
Legetor 10/11.

Moderne illustrierte Zeitschriften:  
**Der wahre Jakob**

15 Pfennig

**Jugend**

70 Pfennig

**Simplicissimus**

50 Pfennig

Buchhandlung Volkswacht